

Zitate aus der Rossbühl-Diskussion

»Die CDU hat sich nach anfänglicher Zustimmung wieder entfernt.«

Bürgermeister Thomas Grieser

»Das geplante Gebäude war überraschend groß.«

Maisachs Ortsvorsteher Ludwig Kaltenbronn

»Vielleicht kann ja an einem anderen Standort eine beheizte Hütte gebaut werden.«

Jörg Peter (CDU)

»Man merkt dort oben, dass sanitäre Anlagen fehlen. Das sollte man ganz schnell lösen.«

Roland Rosenberger (UWO)

»Für die Gerüche, die kursierten, kann die Verwaltung nichts.«

Bürgermeister Thomas Grieser

»Was wir dort an Gebäudefläche im Plan haben ist das absolute Maximum. Das heißt nicht, dass es auch so groß geworden wäre.«

Planerin Lioba Fischer

»Ich habe keine falsche Vorstellung von dem Vorhaben – ich habe schlicht gar keine Vorstellung.«

Roland Rosenberger

»Das ist ein klassisches Beispiel dafür, wie ein im Grunde vernünftiges Projekt scheitern kann.«

Gerhard Rauscher (UWO)

»Wir hätten alle viel früher miteinander reden müssen, um von allen akzeptierte Minimallösung zu bekommen.«

Gerhard Rauscher

»Wir laden die Maisacher immer wieder zum Dialog ein, blitzen aber stets ab.«

Ludwig Cramer (UWO)

»In der politischen Mitarbeit sind wir beschränkt: Aufgrund unseres Wahlsystems kann Maisach eben nur einen Vertreter in den Gemeinderat entsenden.«

Antwort von Thomas Blust von der Maisacher Bürgerinitiative

»Jugendarbeit mit entwickeln«

Susanne Droste ist Oppenaus Jugendreferentin

Oppenau (kb). Oppenau hat eine Jugendreferentin. Nach der Vorstellung zweier Kandidatinnen in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am Montag gab die Verwaltung gesamt auf Anfrage der ARZ bek., dass die Offenburgerin Susanne Droste in nichtöffentlicher Wahl mit großer Mehrheit die Stelle zugesprochen bekam.

ren in der kirchlichen Jugendarbeit aktiv, was sich auch in ihrer Berufswahl manifestierte. Nach dem Studium der Pädagogik, Psychologie und Soziologie in Münster und dem Abschluss als Diplom-Sozialarbeiterin wechselte sie zum Caritasverband Pforzheim, wo sie in der Hilfe für die Entlastung pflegender Angehöriger tätig war. »Dies war ein Aufgabengebiet, in dem ich eigenverantwortlich tätig war«, erklärte sie in der Sitzung.

Anschließend sei sie im »Familien-Management« tätig gewesen – sprich: Sie zog ihre drei Kinder groß, engagierte sich im Elternbeirat und in Kommuniongruppen.

Die Aufgabe in Pforzheim sei ähnlich gestaltet wie jene in Oppenau, so Droste weiter: Am Anfang stehe die Bedarfsanalyse, es folge die Koordination und Vernetzung mit all jenen, die in der Jugendarbeit eingebunden seien. Daraus ergebe sich die Entwicklung einer Konzeption inklusive der Öffentlichkeitsarbeit. Drostes Zusammenfassung: »Man muss mit allen Beteiligten, der Bevölkerung und natürlich den Jugendlichen zusammenarbeiten.«

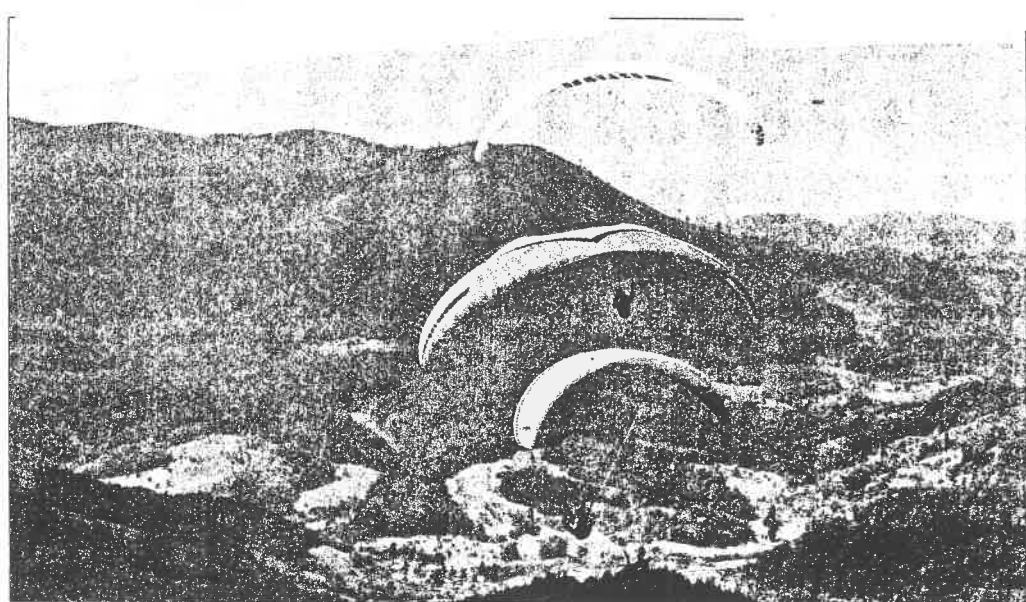
Ihre Beweggründe, nun wieder ins Berufsleben einzusteigen, nannte sie wie folgt: »Ich möchte meine berufliche und meine Lebenserfahrung einbringen und damit die Jugendarbeit in Oppenau mit entwickeln und prägen.« Als sie die Stellenausschreibung gesehen habe, habe sie sich gesagt: »Das probierst Du jetzt!« Diese Möglichkeit hat ihr der Gemeinderat eröffnet.



Susanne Droste wird sich künftig der offenen Oppenauer Jugendarbeit annehmen.

In der Tat hatte Susanne Droste nicht nur einen anscheinenden fachlichen Vorsprung, sondern auch einen zeitlichen: Ihre Mitbewerberin hatte sich verspätet, so dass der Tagesordnungspunkt gesplittet werden musste.

Doch war es wohl nicht nur die Pünktlichkeit, die die 43-jährige Offenburgerin als geeignete Kandidatin erscheinen ließ. Die gebürtige Westfalin war vorher in ihrem Tat-



Fliegen dürfen die Paraglider noch vom Rossbühl aus. Doch die Stützpunkt- und Gastronomiepläne haben sich am Monat endgültig erledigt. Archivfoto: Reinhard Seiter

Ein Begräbnis erster Klasse

Oppenauer Gemeinderat legt Rossbühl-Pläne zu den Akten / Starke Präsenz aus Maisach

Erledigt haben sich die Pläne, am Oppenauer Rossbühl einen Gleitschirmfliegerstützpunkt mit Gastronomie zu bauen. Auf Vorschlag der Verwaltung beschloss der Gemeinderat am Montag, das Projekt nicht weiter zu verfolgen.

VON KARSTEN BOSCH

Oppenau. Bürgermeister Thomas Grieser kündigte es als den »vermeintlichen Höhepunkt« der Ratssitzung am Montag an, das Thema Bebauungsplan »Paragliding« am Rossbühl. Und als solchen hätte man es angesichts der starken Präsenz Maisacher Bürger – rund 40 wohnten der Sitzung bei – sicher auch sehen können. Im Prinzip freilich war es der endgültige Abgang auf ein Projekt, das fast von Beginn an von Missverständnissen und Missnöten begleitet war.

Nachdem die Hürden immer höher geworden waren, vor allem hinsichtlich des Gastronomiebetriebes, hatte die Stadt vorgeschlagen, das Projekt zu den Akten zu legen. Ein weiteres Gutachten wäre nötig gewesen, zudem befürchtete die Verwaltung, dass die Maisacher Bürgerinitiative juristische Schritte einleiten könnte. Bei einer Enthaltung von Ludwig Cramer, der sich von der BI unbotmäßig unter Druck gesetzt fühlte, nahm der Rat den Verwaltungsvorschlag an.

»Weinendes Auge«

Zuvor freilich legten die Protagonisten noch einmal dar, warum sie für oder gegen das Projekt waren oder sich übergegangen fühlten. »Ich sehe das Ganze mit einem weinenden Auge«, stellte Bürgermeister Thomas Grieser klar. Es habe sich für ihn nicht um ein Prestigeobjekt gehandelt. »Man kann aus dem Bauch heraus sagen, dass man Angst ums Was-

STICHWORT

Das sagte die Planerin

Planerin Lioba Fischer merkte an, dass »das, was wir im Plan von der Fläche her haben, das absolute Maximum« sei. Dabei bezog sie sich auf die angegebenen 190 Quadratmeter. »Was vorgesehen war, wäre um einiges harmloser gewesen,

als es sich die meisten vorstellen.« Wie manche ihrer Vorredner bezog sie sich auf die sanitären Verhältnisse, die derzeit am Rossbühl herrschen: »Jeder weiß, dass da oben Toiletten fehlen – aber keiner will sie dort haben.« kb

ser hat. Man muss jedoch auch zur Kenntnis nehmen, dass das Wasserwirtschaftsamt nach wie vor keine Bedenken hat«, fasste der Rathauschef die Debatte um die Maisacher Quellen zusammen. Die Stadt habe stets darauf bestanden, dass die Wasserqualität nicht unter dem Projekt leiden dürfe. Zudem hätten auch die Geologen keinen Widerstand gegen das Vorhaben angemeldet.

Maisachs Ortsvorsteher Ludwig Kaltenbronn ließ das Geschehen aus Sicht des Ortschaftsrats Revue passieren.

»Sehr enttäuscht« seien die Maisacher Räte vom Beschluss aus dem November 2007 gewesen: »Die Bedenken des Gremiums wurden vom Gemeinderat ignoriert.« Man habe seinerzeit Bedenken wegen des Wassers, der Einbeziehung der Nachbargemeinde Bad Peterstal-Griesbach sowie hinsichtlich der Gedanken bezüglich der Zuflucht geäußert.

»Es ist schade«, so Kaltenbronn weiter, »dass Teile des Gemeinderates die Bedenken des Ortschaftsrates ignoriert haben. Den öffentlichen Streit

über die Presse hätte man sich sicher sparen können.« Nach wie vor habe man in Maisach nichts gegen die Gleitschirmflieger. Er führte als Alternative für den Stützpunkt das vor kurzer Zeit geschlossene Gasthaus »Hirsch« ins Feld. Kaltenbronn abschließend: »Wir Maisacher fühlen uns nicht als Sieger, bedauern jedoch, dass unsere Bedenken und Anregungen nicht beachtet wurden.«

»Die CDU ist erfreut, dass ein Sinneswandel eingetreten ist«, sagte Jörg Peter zu Beginn seiner Ausführungen. Seine Fraktion habe bereits im Dezember gesagt, dass man wegen des Wasser-, Arten- und Naturschutzes Abstand nehmen solle von dem Projekt. »Ich finde es gut und richtig, dass die BI sich zu Wort gemeldet hat«, befand er. Sein Resümee: »Die Bürger standen nicht dahinter, von daher ist es richtig, Abstand davon zu nehmen.«

»Logischer Schluss«

»Die Ablehnung ist der logische Schluss aus dem Prozedere der vergangenen zwei Jahre«, befand Roland Rosenberger. Man habe etwas zu Grabe getragen, »das so gar nicht geplant war«. Vorgesehen gewesen sei lediglich eine kleine Hütte. »Was jetzt daraus geworden ist, liegt auch an der sehr intransparenten Informationspolitik«, monierte er. Das habe zu Verunsicherung, Reaktionen über die Presse und nie dezentrierten Gerüchten geführt.

Willi Erdrich betonte: »Die Größe des Gebäudes von 190 Quadratmetern war bekannt.« Er verwahrte sich gegen den Vorwurf, der Beschluss des Ortschaftsrates sei übergangen worden. »Wir haben immer gesagt: Wenn das Wasser tangiert wird, dann darf das nicht sein.« Erdrich fand es »schade«, dass nun ein solcher Beschlussvorschlag vorlag. »Ich glaube nicht, dass eine solche Möglichkeit in den nächsten zehn Jahren wieder kommt.«

KOMMENTAR

Richtige Konsequenz

Es war nicht anders zu erwarten: Die Pläne für einen Gleitschirmfliegerstützpunkt am Rossbühl sind gescheitert. An was es nun lag? Müßig, darüber zu diskutieren. Doch hat sich einmal mehr bewiesen, dass Politik mehr sein muss als nur die Beachtung von Fakten, als formaljuristisch richtiges Vorgehen. Politik muss die Bürger mitnehmen. Das ist in diesem Fall vornehmlich bei den Bewohnern von Maisach nicht gelungen. Sie haben ihre Bauchargumente vorgetragen, die vielleicht sogar von den Experten fachlich gesehen entkräftet werden konnten. Doch die Unsicherheit blieb. Dass die Gemeinde nun einen Rückzieher gemacht hat, mag auf den ersten Blick klein beigegeben scheinen. In Wirklichkeit ist es angesichts der Maisacher Ängste die einzig richtige Konsequenz.



VON KARSTEN BOSCH

STICHWORT

Aus den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange (Auszüge)

Landesamt für Geologie:

»Grundwasser: Aus hydrologischer Sicht bestehen zu der Planung keine Anregungen.« Kreisbauamt: »Dabei muss die Gastronomie eine untergeordnete Funktion haben und die durch die Gastronomie genutzte Fläche weniger als 50 Prozent der Nutzfläche des Gebäudes betragen.«

Amt für Umweltschutz:

»Beim gegenwärtigen Stand könnte eine durch die untere Naturschutzbehörde durchzuführende Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung die Verträglichkeit des Bebauungsplans mit den Schutzzielen des Gebietes nicht feststellen, wodurch der Plan unzulässig wäre. (...) Die ange-

dachte Konzeption halten wir in ihrer Größenordnung für problematisch.« Amt für Wasserwirtschaft: »Fachtechnische Beurteilung: Gemäß der Rechtsverordnung des Wasserschutzgebiets Maisach bestehen keine Hindernisgründe (...), wenn die Abwasserentsorgung entsprechend geregelt

wird. Während der Bauzeit muss die Quelle vom Netz genommen werden.« Gemeinde Bad Peterstal-Griesbach: »Einer baulichen Nutzung in Form der Zulassung eines Gastronomiebetriebes wird, ebenso wie der Anlegung weiterer Stellplätze (...), aus Naturschutzgründen nicht zugestimmt.« kb